



Eine kleine (180 Leute), aber recht dynamische Demo, zu der 12 Gruppen gemeinsam aufgerufen hatten, marschierte am Samstag in Graz vom Eisernen Tor durch die Herrengasse zum Hauptplatz und dann zum Südtirolerplatz. Das Thema mag in zeitgeistigen Ohren fast schon antiquiert klingen und ist vielleicht deswegen schon wieder avantgardistisch: **“Arbeitszeitverkürzung ... statt arbeiten bis zum Umfallen”**. Und das sagen die mitten in der Krise! Sowas aber auch! Ansprachen hielten die üblichen Verdächtigen: KPÖ, KJÖ, AUGÉ, AMSEL (Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen), GLB und LinkeSTMK.

Die Rede von Johann Schögler von LinkeSTMK ist unter <http://www.linkestmk.at/?p=468> nachzulesen. Photo: Athanasios Boulgaropoulos

700 demonstrierten gegen §§278ff

Zwischen 700 und 800 Personen demonstrierten am 27. Februar in Wien gegen die Kriminalisierung politischer Aktivitäten mittels der Paragraphen 278ff oder anderer sogenannter Terrorismuspräventionsgesetze anlässlich des heute, Dienstag, beginnenden Tierrechtlerprozesses.

Die Demo führte vom Schotten- tor über das Landesgericht, die Zweierlinie entlang, vorbei an Justizpalast und Marcus-Omofuma- Stein, zur Mariahilfer Straße und diese, vorbei am Kleiderbauer, bergauf bis zum Westbahnhof.

Auch diesmal wurde betont, dass die Anwendung des §278a grundsätzlich auch jede andere politische Gruppierung hätte treffen könnten. Die Änderungen durch das geplante Terrorismuspräventionsgesetz stellten praktisch alle üblichen Aktionsformen von NGO oder unorganisierten politischen AktivistInnen als terroristische Straftaten oder Unterstützung derselben unter langjährige Freiheitsstrafe, wie Besetzungen, bloße Aufrufe dazu, Berichte darüber, oder allgemein Aktionen, die das öffentliche Leben stören oder das Wirtschaftsleben schädigen. (*nochrachten.net*)

Siehe auch Kommentar: Klenk versus Balluch, Seite 2

Neonazis wollen antifaschistische Demo blockieren

Rechtsextreme Gewalt gegen Kundgebung “Soziale Gerechtigkeit statt rassistische Hetze” angekündigt

Wie auch schon in den Jahren zuvor, will am Samstag, dem 17. April 2010 – also rund um den Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April – ein breites Bündnis aus verschiedensten Organisationen in der oberösterreichischen Stadtgemeinde Braunau am Inn ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus setzen. “Wenn wir gegen Neonazis und rechte Politik demonstrieren, dann gehen wir auch für eine lebenswerte Zukunft, gegen Sozialabbau und Bildungsraub auf die Straße”, so das Bündnis “braunau gegen rechts”.

Österreichischen Neonazis ist eine solche Kundgebung in der Geburtsstadt “ihres Führers” wohl ein Dorn im Auge. Auf rechtsextremen Internetplattformen kursiert

derzeit ein Aufruf, in dem die Blockade der diesjährigen antifaschistischen Demonstration “Soziale Gerechtigkeit statt rassistische Hetze” gefordert wird. Man hofft offenbar, dass die Polizei “schon bei den kleinsten Vorkommnissen [...] die Versammlung auflösen” werde.

Zu befürchten ist jedenfalls, dass auch “Autonome Nationalisten” aus dem angrenzenden Südbayern nach Braunau mobilisieren werden.

“Für uns steht jedenfalls fest, dass es in diesem Jahr eben nicht ‘nur’ um die Demonstration geht, sondern auch darum, dass Neonazis nicht darüber zu entscheiden haben, welche Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden dürfen und welche nicht!”, erklären die VeranstalterInnen.

Um den rechten Umtrieben massiv entgegenzutreten, sind alle demokratischen Kräfte gefordert, aber ganz besonders die Braunauer Bevölkerung selbst. “Bei einem geeinten Vorgehen gemeinsam mit der Braunauer Bevölkerung werden sie sich die Zähne ausbeißen”, so das Bündnis. (*Aussendung gek.*)

Volltext: <http://www.braunau-gegen-rechts.info/?p=232>

Justiz // Kommentar:

Klenk gegen Balluch

Florian Klenk vom Falter hat sich neulich schwer in die Nessel gesetzt und wohl weite Kreise des doch eher alternativen Publikums seines Blattes vergrätzt. "Österreichs militante Tierschützer sind zu weit gegangen. Die Polizei hat zu Recht gegen sie ermittelt." Das ist die Conclusio seines Textes in Falter 08/2010 zum nun beginnenden Verfahren nach §278a StGB. Klenk schildert empört die von Polizei und Staatsanwaltschaft zusammengetragenen Straftaten, die der Tierrechtsszene zugeschrieben werden. Natürlich: Noch immer gibt es keine Beweise gegen Balluch und Co. selbst irgendetwas davon getan zu haben, das ist aber für Klenk genausowenig relevant wie für die Staatsanwaltschaft: "Die Polizisten ahnten, dass sie die konkreten Täter nicht finden würden. Sie griffen nun auf einen Paragraphen zurück, der einst für Schutzgelderpresser und Schlepper erdacht worden war: den 278a des Strafgesetzbuches." Und das war laut Klenk auch ganz richtig so, denn selbst wenn es zu Freisprüchen kommen sollte, stünde fest: "dass die Polizei im Auftrag der Justiz wertvolle Strukturermittlungen vornahm – egal ob die Beweise nun zu strafrechtlichen Verurteilungen führen oder nicht."

Martin Balluch, einer der Angeklagten, in einem Interview darauf angesprochen, schäumte. Er nennt die Relationen völlig überzogen — die Soko Pelztier habe kleinere Sachbeschädigungen untersucht wie ein paar eingeschlagene Scheiben und weil das Auto eines Firmenchefs mit Lack überschüttet worden sei. Selbst wenn er, was er bestreite, für

diese Aktionen verantwortlich gewesen sei, hielte er die Reaktion für völlig unangemessen: "Ich kann nur sagen, bei uns ist das Auto dreimal mit Lack übergossen worden, man hat uns auch die Scheiben eingeschlagen, man hat uns die Türschlösser verklebt — und wo ist da die Sonderkommission?" Balluch spricht auch von blutigen Attacken gegen Teilnehmer der Kundgebungen vor Kleiderbauer-Filialen: "Wieso ist das keine Aufregung wert?" Und er attackiert Klenk und den Falter: "Also das klingt mir sehr nach politisch motiviertem Schreiben und politisch motivierter Sonderkommission!"

Nun kann Martin Balluch zwar wohl keiner Fliege was zu leiden tun kann, aber er ist sicher kein Waserl und es ist nicht anzunehmen, daß er über strafrechtlich belangbare Aktionen immer ehrlich empört war. Und viele der Methoden mancher Tierschützer, -rechtler und -befreier sind sicher mehr als nur bedenklich. Das könnte auch der Grund für Klenks Formulierungen gewesen sein. Ihm stinkte wohl der vorweggenommene Freispruch durch Linke und Grüne und die Verharmlosung dieser Methoden von Teilen der Tierrechtsszene an. "Politisch motiviertes Schreiben" kann man ihm damit zwar vielleicht unterstellen, aber nur insofern, daß er selbst diese Verharmlosung für politisch nicht angebracht hält. Und man kann Klenk auch zu Gute halten, daß er in seinem Text massiv davor gewarnt hatte, daß auf der Basis einer "gefährlich schwammigen" Anklage die Richterin vorschnell verurteilen könnte: "Weder vom Polizeistaatsgeschrei der 'Tierrechtler' noch von den Vermutungen der Polizei darf sie sich leiten lassen. Sie muss eindeutige Beweise verlangen."

Wenn Klenk aber meint, Polizei und Anklagebehörde könnten sich aufgrund von eben derart schwammigen Verdachtsmomenten das Recht auf polizeistaatliche Methoden errotzen mit der Entschuldigung, "wertvolle Strukturermittlungen" seien notwendig

gewesen, dann leistet er den Menschenrechten einen Bärendienst. Denn Florian Klenk ist nicht irgendwer, sondern ein Journalist dessen kritisches Verhältnis zu Polizei und Justiz bekannt ist — wenn er der Polizei nun recht gibt, dann ist das etwas anderes als wenn das beispielsweise ein Andreas Unterberger tut. Damit stellt er den Behörden einen Persilschein aus und erhöht die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Polizeimethoden auch in liberalen, sozialdemokratischen und grünen Kreisen.

Das allerdings kann dann gefährlich werden — für alle, die sich in diesem Land auch nur ansatzweise mit Politik auseinandersetzen. Und damit wohl nicht zuletzt auch für ihn selbst.

Bernhard Redl

Österreich /
Deutschland:

Wachsender Frust bei SIS

Bei Siemens IT Solutions and Services (SIS), der Softwaresparte des Großkonzerns, ist der Unmut wieder weiter angewachsen. Am Mittwoch fand eine Betriebsversammlung in Wien statt. Etwa 1500 KollegInnen trafen sich und diskutierten über Kampfmaßnahmen bis zum Streik. In den nächsten Monaten sollen rund 2400 Beschäftigte von Siemens SIS SDE und SIS CEE sowie KollegInnen einiger Tochterfirmen und der Zentrale aus der Siemens AG ausgliedert werden.

Dies würde wahrscheinlich zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und zu Personalabbau führen. Wortmeldungen bei der Betriebsversammlung beklagten, daß schon jetzt schleichend KollegInnen entlassen oder über "Golden Handshake" aus dem Betrieb entfernt würden.

SIS-Betriebsratschef Ataollah Samadani befürchtet aber auch, dass Teile der SIS "gezielt in den Konkurs getrieben werden" könnten und verweist auf den Verkauf der

Klenks Artikel:

<http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=1098>

Interview mit Balluch:

<http://wientv.org/2010/02/28/martin-balluch-am-rande-der-demo-gegen-%C2%A7278ff/>

Siemens-Handysparte an die asiatische BenQ, die kurz darauf das Handygeschäft u.a. in Deutschland einstellte.

Obwohl die Ausgliederung bereits am 1. Juli rechtskräftig sein soll, ließ sich Siemens Österreich-Chefin Gitti Ederer auf der Betriebsversammlung mit der Erklärung nicht blicken, sie hätte über die Ausgliederung noch keine "konkreten und belastbaren Informationen".

Die Proteste seit 2006 — 2008 eine Demo durch Wien-Floridsdorf, im letzten Jahr eine Menschenkette um das Parlament, dazwischen immer wieder Betriebsversammlungen — fruchteten bislang nichts. Bei der Betriebsversammlung wurde nun der Betriebsrat mit nur einer Gegenstimme ermächtigt, auch Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Auch im Stammland des Konzerns zeigt sich ein ähnliches Bild: In Deutschland waren am Montag etliche hundert SIS-Beschäftigte protestaktiv — in einem bundesweiten Aktionstag von Hannover bis Konstanz und von Berlin bis Mannheim waren am Montag rund 1500 SIS-Beschäftigte gegen Ausgliederung und die Folgen auf den Beinen. Allein in München-Perlach zählte die Polizei zum zweiten "Montagsspaziergang" rund 700 Menschen. Diese Montagsspaziergänge sind an einigen Standorten in Deutschland mittlerweile fast schon Tradition. In Paderborn fand er nun schon zum elften mal statt.

Schilderungen der RSO:

<http://www.sozialismus.net/content/view/1380/>

Näheres zu Deutschland im Siemens-Forum der IG-Metall (und Bildquelle):

<http://dialog.igmetall.de/>



Notizen und WWWtips:

Röthiser Verhältnisse...

Was in Röthis passiert ist, ist bemerkenswert. Da gibt es einen lokalen Polizisten, der ganz informell den Bürgermeister informiert, daß aus seiner Gemeinde eine gut integrierte kosovarische Familie abgeschoben werden soll. Daraufhin stehen dieser Bürgermeister und 50 Andere um 4 Uhr früh noch vor dem Eintreffen der Beamten vor der Tür der Familie und wollen ihnen das wieder ausreden — und das in einer Vorarlberger Gemeinde, die nicht einmal 2000 Seelen zählt. "Vorarlberger Nachrichten", "Vorarlberg Online" und ORF sind auch schon da. Der Oberpolizist beharrt darauf, daß er jetzt amtshandeln müsse. Eine Freundin der Familie baut sich vor ihm auf und verwickelt ihn in ein Gespräch. Währenddessen werden die diversen Verantwortlichen aus dem Schlaf geklingelt und vor laufenden Kameras per Handy eindringlich darauf hingewiesen, daß das eine Blödsinnsaktion ist — diese Verantwortlichen bleiben zwar stur und der Oberpolizist meint "Der Bescheid bleibt aufrecht", aber schließlich verzipft er sich. Die Gefahr ist von der Familie für den Moment abgewendet.

Bürgermeister Norbert Mähr ist indes kein Grüner und Röthis auch keine kommunistische Hochburg oder ähnliches. Mähr regiert den Ort mit einer Gemeindevollversammlung, die alle Mandate im Gemeinderat inne hat — 2005 hatte der einzige FP-Gemeinderat aufgegeben. Damit steht der Bürgermeister wohl tatsächlich fast für seine ganze Gemeinde. Und ist sich wohl sicher, daß sein jetziger Auftritt ihm nicht schaden werde — obwohl in 2 Wochen in Röthis wie auch sonst in Vorarlberg Gemeinderatswahlen sind.

Video: Wie Solidarität funktioniert:

<http://video.vol.at/video/46340/rothis—protest-aktion-gegen-abschiebung-in-den-kosovo>

... und burgenländische

Im Burgenland wird anders Wahlkampf betrieben — Stichwort Eberau. Dort hat sich jetzt aber eine Initiative gebildet mit dem Namen "Unser Burgenland ist anders". Diese Initiative mobilisiert auch zu der Volksbefragung am 21. März im Südburgenland — allerdings nicht dafür, für das Flüchtlingsaufnahmeverfahren zu stimmen, sondern mit der Argumentation "Unser Burgenland lässt sich nicht für Wahlkämpfe missbrauchen. Unser Burgenland nimmt Demokratie ernst. Sehr ernst." dafür, ungültig zu stimmen.

<http://unserburgenlandstanders.at>

Kein Antifa-Info mehr

Die Linzer Zeitschrift "Antifa-Info" erschien seit 1983, brachte es dabei, Sondernummern nicht eingerechnet, auf 150 Ausgaben, und wurde nun eingestellt. Laut den BetreiberInnen wären es aber nicht ökonomische Gründe gewesen, sondern "im Zeitalter des Internets habe [sich] die Herausgabe von zweimonatlichen Info-Blättern mit zum Teil doch umfangreichen Abhandlungen einfach überlebt". Stattdessen empfehle man die Benutzung der bisherigen Homepage der Zeitschrift, die nun als Homepage des Antifa-Netzwerkes OÖ geführt werde.

Homepage: <http://www.antifa.co.at>

Letzte Ausgabe: <http://www.antifa.co.at/antifa/ai150.pdf>

Einstündiges Radio-Interview mit Erwin Peterseil zur Einstellung der Zeitschrift und zu den rechten Entwicklungen im Land:

http://cba.fro.at/show.php?eintrag_id=16182

Keine Entwicklungs-Chancen für Beamte...

"Rettet das KEC" ist der wohl etwas ironisch gemeinte Titel einer Initiative, die sich mit den "Karriere- und Entwicklungszentren" der österreichi-

schen Post beschäftigt. Denn dort werden 500 leider unkündbare Postbeamte, mit denen das nunmehr private Unternehmen im Zuge seiner Umstrukturierungs- oder vielleicht auch Kaputtsanierungsmaßnahmen nichts mehr anzufangen weiß, geparkt und der Großteil von ihnen bei Anwesenheitspflicht zum Nichtstun verpflichtet. Noch steht allerdings nicht sonderlich mehr als ein paar Medienlinks auf der Homepage der Initiative und es wird auf die gleichnamige Diskussion im Facebook verlinkt. <http://www.rettetdaskec.at/>

.... und für Roma-Kinder in Tschechien

Die katastrophale Praxis in Tschechien, Roma-Kinder in "Praxisgrundschulen" auszulagern, wo sie einen ziemlichen Starnachteil ins Leben bekommen, ging erst kürzlich wieder durch die Medien. Obwohl schon im November 2007 Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt hatte, dass das Recht auf Bildung von Kindern der Roma-Minderheit verletzt werde, hat sich nichts geändert. Amnesty International hat deswegen jetzt eine Briefaktion gestartet und bittet um rege Beteiligung: <http://alturl.com/87ow>
http://www.amnesty.at/aktiv_werden/jedes_kind_hat_das_recht_auf_bildung_ohne_unterschied/

B ü c h e r :

Gefahr aus dem Osten

**Gregor Mayer, Bernhard Odehnal
Aufmarsch -
Die rechte Gefahr aus Osteuropa
Mit einem Geleitwort von
Paul Lendvai
Residenz Verlag
St.Pölten/Salzburg, 297 Seiten**

Gregor Mayer und Bernhard Odehnal zeigen in dem soeben erschienenen Buch die erschreckende Ausbreitung des Rechtsextremismus in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Die beiden Autoren schildern die Lage in sechs Staaten: Ungarn, Tschechien, Slowakei, Kroatien, Serbien und Bulgarien.

Besonders spitzte sich in den letzten Jahren die Situation in Ungarn zu. Die rechtsextreme Partei Jobbik (auf deutsch: die "Besseren") erhielt bei den Europawahlen im Vorjahr 15 Prozent der Stimmen und damit drei Abgeordnete. Bei den in Bälde stattfindenden Wahlen zum ungarischen Parlament werden ihnen in Meinungsumfragen und Prognosen rund acht Prozent gegeben, womit sie den Sprung ins Parlament schaffen würden.

Jobbik hat sich zu einem richtigen

"System" entwickelt: es umfaßt Jugendorganisationen ebenso wie die zwar verbotene, aber weitermarschierende "ungarische Garde" (S.71). Haß auf Roma (bis hin zum Mord) und Antisemitismus sind die ideologischen Leitsterne der "Besseren".

Gregor Mayer schildert die Genese des "Erfolgs" von Jobbik und den nationalistischen Sockel, auf dem die heutigen Rechtsextremen aufbauen konnten und können: das weitgehende Unverständnis der Revolutionäre von 1848 für die von den Ungarn unterdrückten Nationen (Kroaten, Rumänen, Serben) und das "Trauma von Trianon" 1920, bei dem Ungarn zwei Drittel seines Vorkriegsterritoriums einbüßte (S.22).

Nach der Befreiung 1945 (zuerst kam das Horthy-Regime, dann ab 1944 die faschistische Pfeilkreuzler-Herrschaft von Hitlers Gnaden) wurden im "realen Sozialismus" zwar deren Verbrechen angeprangert, der Holocaust jedoch kaum problematisiert.

Auf der Basis dieses unaufgearbeiteten historischen Schuttes konnte Jobbik die Unzufriedenheit über aktuelle soziale, wirtschaftliche und politische Zustände auf "Juden und Zigeuner" projizieren - im Bunde mit und gefördert durch den "Dambrecher" Viktor Orban und seine Partei Fidesz (S.33 ff.).

Die Grenzen des Buches zeigen sich dort, wo es um die Gründe für diese Unzufriedenheit geht. Die "Reformmaßnahmen" der diversen ungarischen Regierungen, also deren prokapitalistische Sozialab-

bau-Konzepte, werden als unerlässlich eingestuft und deren "Verschleppung" beklagt (S.41). Im Geleitwort von Paul Lendvai ist sogar generell von "unbestrittenen Erfolgen der neuen Mitglieder der Europäischen Union auf dem Wege zu einer Marktwirtschaft" die Rede (S.7). Diese Schiefelage ist im ganzen Buch vorhanden.

Die Analyse der AutorInnen geht nicht tief (so fehlen etwa genauere Wählerstromanalysen); völlig unzulänglich sind die vorgeschlagenen praktischen Schritte gegen die extreme Rechte: sie erschöpfen sich im wesentlichen in Aufklärung, in staatlichen Maßnahmen, Wünsche nach etwas mehr Zivilcourage und Hoffnung auf die EU: "Wir teilen einen gewissen Werte — und Ideenkanon" (S. 16). Daß es gerade der Einfall eines Ausplünderungs-Kapitalismus in Mittel — und Osteuropa nach der "Wende" ist, der den gesellschaftlichen Nährboden für das Ansteigen der rechtsextremen und zum Teil offen faschistischen Woge darstellt, wird nicht zum Thema.

Ich denke, man/ frau sollte sich das Buch als durchaus informatives Sachbuch geben, geeignet, um etwas zu erfahren über die zwar seit kurzem verbotene, aber ebenfalls weiteragierende rechtsextreme "Arbeiterpartei" in Tschechien, über die Ustascha-Nostalgiker in Kroatien oder die bulgarischen Neofaschisten. Und sich anschließend über notwendige Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus selbst einen Reim machen.

Hermann Dworzak

Strahlende Zukunft / Finnland:

Pfusch am Sklavenreaktor

In Finnland wird der erste Europäischen Druckwasserreaktor hochgezogen. Gravierende Probleme führen zu Verzögerungen und immer höheren Kosten. Nun berichten polnische Arbeiter, wie es auf der Baustelle zugeht. Nämlich nicht gut.

Es ist eine Baustelle von babylonischem Ausmass. Über 4000 Arbeiter aus sechzig Ländern sind in Olkiluoto an der finnischen Westküste damit beschäftigt, das erste neue Atomkraftwerk Europas hochzuziehen – den sogenannten Europäischen Druckwasserreaktor (EPR), den der französische Konzern Areva als Generalunternehmen errichtet. Es sollte ein Vorzeigeprojekt werden, entwickelte sich aber zunehmend zum Alptraum – auch für die Arbeiter.

Ein Grossteil der Beschäftigten stammt aus Polen. Andrzej Miciak zum Beispiel war dabei, als man den Betonbau hochzog. «Auch wenn wir sahen, dass es Mängel gab und zum Beispiel Verbindungsteile zwischen Stahlträgern fehlten, mussten wir weiter Beton hineingiessen», berichtet er. Manchmal hielten die Schweissnähte nicht. Das hätte man flicken müssen, sagt Miciak, doch dafür war keine Zeit. Es gab Inspektoren, die kontrollieren sollten, ob alles korrekt gemacht wird. Sie schauten aber nicht nur weg, sie ord-

neten sogar an, die fehlerhaften Stellen mit Beton zuzuschütten, sagt der polnische Arbeiter. Er habe das selber gesehen. Ein grober Fehler sei das gewesen, einer, der das Erdungssystem beeinträchtigt habe – und das sei sicherheitsrelevant. Schliesslich baue man hier ein Atomkraftwerk, da sollte alles perfekt und sicher sein. Aber «die Baustelle ist zu gross, um alles richtig zu machen», sagt Miciak. Es herrsche Chaos.

Andrzej Miciak ist nicht der Einzige, der über Schlampereien berichtet. Greenpeace Finnland hat einen polnischen Journalisten beauftragt, der mit mehreren Arbeitern, die in Olkiluoto beschäftigt waren, Interviews führte. Zwei der Befragten gaben unter ihrem richtigen Namen Auskunft, vier weitere fürchteten jedoch die Öffentlichkeit und wollten lieber anonym bleiben – und die Statements sind beunruhigend.

Viel Stress, viele Mängel

Der Bau von Olkiluoto 3 (OL3) war 2006 begonnen worden. Das Atom-

kraftwerk sollte das modernste der Welt werden und 2009 den Betrieb aufnehmen. Die finnische Atom sicherheitsbehörde Stuk musste jedoch bereits 2007 intervenieren, weil gravierende Mängel aufgetaucht waren. Zum Beispiel hatte Areva für das Fundament den falschen Beton verwendet. Das führte zu einem mehrwöchigen Baustopp; das Fundament musste zum Teil wieder aufgebaggert werden, zum Teil wurde einfach festerer Beton draufgekippt. Auch das, so Arbeiter bei der Greenpeace-Befragung, wurde äusserst schludrig getan.

Laut Stuk wurden bis heute 3000 Baumängel registriert – Baumängel, die vermutlich zu einem grossen Teil auf Stress und Hektik zurückzuführen sind. Zbigniew Mulczynski war als Vorarbeiter in Olkiluoto. Wer nicht schnell genug arbeitete, bekam zu hören: «Entweder du bekommst das rechtzeitig hin, oder das ist das Ende für dich, und wir schicken dich heim», zitiert er die Chefs. Wenn unter solchem Druck gearbeitet werde, gebe es zwangsläufig Fehler – Fehler, die man hätte korrigieren können und müssen. Doch auch dazu fehlte die Zeit.

Zudem gab es anfangs keine genauen Pläne, weil Areva mit dem Bau begonnen hatte, bevor die Anlage fertig entworfen war. Es sei öfter vorgekommen, dass man mit einer Arbeit begonnen habe und wieder aufhören musste, erzählt Zbigniew Mulczynski, weil die Details nicht geklärt waren und die Pläne nicht übereinstimmten oder sich gar widersprachen.

Es sei auch unmöglich gewesen, mit den Leuten von Areva zu reden: «Sie behandelten uns wie Bauern in einem Schachspiel oder noch schlechter.» Die meisten Areva-Kader seien aus Deutschland gekommen, und die hätten die Polen gehasst, sagt er: «Undenkbar, dass die mit uns gesprochen hätten.» Andere Arbeiter berichten, sie seien sich wie Sklaven oder wie Illegale vorgekommen.

Doppelt so teuer

Areva hat dem finnischen Energieunternehmer Teollisuuden Voima Oyj (TVO) die Anlage zu einem fixen Preis von drei Milliarden Euro verkauft. Aufgrund der zahlreichen Ver-

Fehler im System

Neben den Fertigungsschwierigkeiten weist der neue Reaktortyp EPR ein Konstruktionsproblem auf, das noch viel gravierender ist. Das normale Betriebssystem des Reaktors und das Sicherheitssystem sind so stark miteinander vernetzt, dass es zur Katastrophe kommen könnte: Das Notfallsystem soll ja dann einspringen, wenn das normale Betriebssystem ausfällt. Doch so, wie der Reaktor konzipiert ist, ist es höchst unwahrscheinlich, dass das Notfallsystem das überhaupt kann.

Diesen Mangel kritisiert nicht etwa Greenpeace; die Kritik kommt von den Atomaufsichtsbehörden von Finnland, Frankreich und Britannien (in Frankreich ist ebenfalls ein EPR-Reaktor im Bau, die britische Regierung will gleich vier AKWs dieses Typs bauen lassen). Die Atomaufsichtsbehörden haben in einem gemeinsamen Schreiben die Beseitigung dieses Fehlers verlangt – sonst dürfe dieser Reaktortyp nicht ans Netz gehen.

zögerungen und der sicherheitstechnischen Anpassungen, die nötig waren, dürfte das AKW das Doppelte kosten. Es wird frühestens 2012, vermutlich aber später ans Netz gehen.

Areva baut aber nicht selber, sondern hat unzählige Subunternehmen verpflichtet; insgesamt sind über 1500 Firmen am Bau beteiligt. So waren die von Greenpeace befragten Arbeiter bei der Atanco Rimec Group beschäftigt, die darauf spezialisiert ist, für die europäische Bauindustrie Zeitarbeiter zu organisieren. Sie rekrutiert ihr Personal vor allem in Portugal und Osteuropa. Ursprünglich war die Firma in Britannien domiziliert, inzwischen ist sie – vermutlich aus steuertechnischen Gründen – nach Zypern umzogen. Andrzej Miciak berichtet, normalerweise hätten sie zehn Stunden am Tag gearbeitet, manchmal aber auch zwölf oder vierzehn Stunden, oft an den Wochenenden. Überstunden erhalten die Beschäftigten nur selten ausbezahlt.

Wer krank ist, wird gefeuert

Miciak unterzeichnete seinen Arbeitsvertrag mit Rimec in Britannien. «Als ich dann vor Ort war, musste ich einen anderen Vertrag unterschreiben, der schlechter war und zum Beispiel keine bezahlten Ferien mehr enthielt.» Zbigniew Mulczynski erzählt dieselbe Geschichte. Auch sein Vertrag wurde abgeändert, auch er hatte keine bezahlten Ferien. Wenn Leute krank geworden seien, habe Rimec sie entlassen, obwohl das rechtswidrig sei. Die Firma hätte zwar die Beiträge für die Krankenversicherung entrichten müssen, tat dies aber offenbar nicht.

Einer der Arbeiter, der anonym bleiben wollte, erzählt im Detail, was ihm geschah, als er krank wurde: «Sie sagten mir, ich könne nach Polen zurückgehen, um mich auszukurieren – dort bekäme ich alles, was ich brauche.» Doch zurück in der Heimat stand er vor dem Nichts: «Ich war krankgeschrieben, also konnte ich keine Arbeit suchen. Arbeitslosengeld konnte ich auch nicht beantragen, da ich ja offiziell angestellt und krankgeschrieben war. Behan-

Barack Obama setzt auf Atomstrom

18,5 Milliarden US-Dollar wollte der frühere US-amerikanische Präsident George Bush in die Atomindustrie stecken. Sein Nachfolger übertrifft ihn nun, obwohl er während des Wahlkampfes das Gegenteil versprochen hatte: Barack Obama will das Atomförderprogramm fast verdreifachen. Vor einer Woche hat Obama eine erste Unterstützung für den Bau von zwei neuen Meilern im Bundesstaat Georgia bekannt gegeben. Es wären die ersten neuen AKWs, die seit dem Unfall von Three Mile Island vor dreissig Jahren in Angriff genommen werden. Das Projekt soll einen staatlichen Kredit in Höhe von 8,3 Milliarden US-Dollar erhalten. Geplant sind zwei Reaktoren Westinghouse AP 1000. Die Atomaufsichtsbehörde Nuclear Regulatory Commission hatte diesem Reaktortyp bislang die Zulassung verweigert, weil er schwere Sicherheitsmängel aufweist.

Außerdem müssen sich die US-Behörden noch mit einem alten Problem herumschlagen: Sie wissen nicht, wohin mit dem Atommüll. Während Jahren hatte man auf Yucca Mountain gesetzt; man wollte den strahlenden Abfall im Berg vergraben, der auf dem früheren Atomtestgelände in der Wüste Nevadas liegt. Der Ort ist geologisch jedoch höchst ungeeignet, weshalb Obama Anfang Februar das Projekt definitiv abbrechen musste. Eine alternative Lösung gibt es nicht. Microsoft-Gründer Bill Gates allerdings sagte in einer Rede: Mehr noch als eine Impfung gegen Malaria oder Aids wünsche er sich billige, saubere Energie – und meinte damit den Atomstrom. Nach einem Bericht des Fernsehsenders CNN steckt Gates Millionen in das Projekt «Terra Power», dessen ExpertInnen an einem neuen Reaktortyp forschen, der mit nuklearem Abfall betrieben werden soll.

Dahinter steckt die altbekannte Idee eines atomaren Perpetuum mobiles: Frankreich wollte sie mit dem Schnellen Brüter Superphénix verwirklichen und ist grandios gescheitert. Der Brüter verschlang Unsummen, funktionierte aber nie richtig und war hochgefährlich. 1997 ging er endgültig vom Netz.

deln lassen konnte ich mich auch nicht, da ich keine Krankenversicherung hatte.»

Vom offiziellen Stundenlohn von 24 Euro bekommen die Arbeiter oft nur 8 Euro ausbezahlt; den Rest halten die Subunternehmen zurück – angeblich, um Krankenversicherung, Steuern, Sozialversicherungen oder Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen. Doch Rimec habe – so erzählen die Polen – des Öfters die Gelder nicht weitergeleitet, was manche Arbeiter an den Rand des Ruins trieb: Liefert nämlich ein Unternehmen die Steuergelder nicht ab, greifen die Behörden direkt auf die Angestellten zurück. So kam es, dass etliche Olki-luoto-Arbeiter plötzlich mit Steuerforderungen in Höhe von 10'000 oder 20'000 Euro konfrontiert waren und lange mit den Subunternehmen

ringen mussten, damit dieses doch noch die Gelder herausrückte.

Doch kein Schnäppchen

«Helsingin Sanomat», eine der grössten finnischen Tageszeitungen, konfrontierte TVO-Projektleiter Jouni Silvennoinen mit den Aussagen der polnischen Arbeiter. Zum Vorwurf der schlampigen Betonarbeit sagte Silvennoinen, er höre das zum ersten Mal, das klinge nach einer schweren Beschuldigung. Dann fügte er aber ausweichend hinzu, eigentlich seien die Kontrollen so organisiert gewesen, dass man die Mängel hätte bemerken müssen. Dass es Sprachprobleme gebe, streitet er nicht ab, doch seien diese übertrieben dargestellt: «Die Unternehmen können ja kein Interesse haben, jemanden anzustellen, der nicht versteht, was er zu tun hat.»

TVO glaubte lange Zeit, mit dem

Areva-Angebot ein Schnäppchen gemacht zu haben. Ein billiges Atomkraftwerk lässt sich aber nur mit billigen Arbeitskräften bauen. Wie kompetent und sprachkundig sie sind, ist da offenbar Nebensache.

(Susan Boos in WOZ, 25.02.10, leicht gek.)

Neue Spannungen wegen Falkland-Inseln

Am 18. Februar 2010 hat die Kommission für internationale Beziehungen der argentinischen Abgeordnetenkammer VertreterInnen der argentinischen Regierung empfangen, um sich über zukünftige Schritte des Landes bezüglich der Falklandinseln zu informieren.

Nach Angaben des ersten Vizepräsidenten der Kommission, Rupert Godoy, zielte das Treffen darauf ab, das neue Gesetz der Regierung zu unterstützen, in dem eine argentinische Autorisierung für Schiffe gefordert wird, die an Häfen der südatlantischen Inseln anlegen oder nationale Hoheitsgewässer um die Inseln passieren möchten, deren Hoheit in Frage steht.

Godoy erklärte weiterhin gegenüber dem Pressedienst Télam, dass eine Initiative im Kongress zur Unterstützung der zukünftigen diplomatischen Handlungen der Regierung geplant sei. Er erinnerte daran, dass die argentinische Legislative beim Thema der Falklandinseln immer der Außenpolitik der Regierung gefolgt sei. Laut Godoy werden die Abgeordneten der argentinischen Volkskammer auf internationalen Organisationen und Foren, sowie auf der UN-Seerechtskonferenz die Position der Regierung vertreten.

Durch den Fund von Ölfeldern vor der Küste der Falklandinseln hat die Frage der Nationalität der Inselgruppe neue Brisanz gewonnen. Großbritannien hat vor kurzem Probebohrungen zum Ziel der Ausbeutung dieser vermuteten Ölquellen angekündigt. Argentinien vertritt die Position, dass die Falklandinseln auf der südamerikanischen Kontinentalplatte liegen und daher zu argentinischem Territorium zählen. Das Land betrachtet die Falklandinseln seit

dem verlorenen Falklandkrieg von 1982 als britisch besetzt. Das am 17. Februar ratifizierte Gesetz für die argentinische Kontrolle des Schiffsverkehrs zur Inselgruppe ist eine Reaktion auf die britischen Pläne.

Der britische Außenminister David Miliband hat das argentinische Gesetz zurückgewiesen und angekündigt, dass die Exploration und Ausbeutung der Ölfelder wie geplant voranschreiten werde. Daher hat die argentinische Regierung eine Protestnote bei den Vereinten Nationen eingereicht. Der argentinische Außenminister Jorge Taiana hat auf zwischen dem 22. und dem 24. Februar dem Gipfel der Grupo de Río im mexikanischen Cancún für die Unterstützung der argentinischen Falklandpolitik, sowie möglicher neuer UNO-Resolutionen geworben. Im Anschluss hat Taiana UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in New York getroffen, um die Besorgnis der argentinischen Regierung gegenüber den britischen Plänen auszudrücken. Die Vereinten Nationen hatten 1982 in mehreren Resolutionen Argentinien das Territorialrecht über die Falklandinseln zugesprochen.

Die Falklandinseln wurden 1833 erstmals von britischen SiedlerInnen besiedelt und unterliegen seit dem Großbritannien. Am 2. April 1982 versuchte die argentinische Militärdiktatur die Falklandinseln zu erobern, musste jedoch nach knapp zwei Monaten kapitulieren. (Roberto Molina Hernández/prensa latina/poonal) <http://www.npla.de/de/poonal/2727-neue-spannungen-wegen-der-falkland-inseln>

Costa Rica: Nach der Wahl wird mit Polizeigewalt privatisiert

Laura Chinchilla heißt die strahlende Siegerin der Präsidentschaftswahlen vom 7. Februar in Costa Rica; mit 47 Prozent der Stimmen gewann sie im ersten Wahlgang. Erst Anfang Mai wird die stramme Konservative von der Partei der Nationalen Befreiung PLN (Partido Liberal Nacional), den rechten SozialdemokratInnen, das Amt von ihrem Mentor Oscar Arias, ebenfalls PLN, übernehmen, aber bereits jetzt

entfaltet der Rückenwind für die Rechten Wirkung.

Mit politischer und polizeilicher Gewalt gehen die Regierenden jetzt zum Beispiel gegen den politisch unliebsamen Vorstand der Hafentarbeitergewerkschaft SINTRAJAP (Sindicato de Trabajadores de Japdeva) in der Karibikprovinz Limón vor. "Nachdem es der Regierung Oscar Arias nicht gelungen ist, die Arbeiter weder durch Bestechung noch Bedrohung zur Aufgabe des Widerstandes gegen die Privatisierung zu bewegen, bricht sie nun Gesetze", erklärte SINTRAJAP-Sprecher Liroy Pérez. Pérez und seine elf Vorstandsgenossen waren vor einem Jahr für eine zweite, zweijährige Amtszeit wieder gewählt worden. Ende des Jahres rief eine nur durch ihre Nähe zur Regierung legitimierte Gruppe unter Missachtung aller Statuten eine "Gewerkschaftsversammlung" ein, an der die Minderheit der PrivatisierungsbefürworterInnen teilnahm und 12 Personen aus ihrer Mitte als "neuen Vorstand" einsetzte. Das Arbeitsministerium erkannte diese Gruppe unterdessen an und Polizeikräfte versuchten den Gewerkschaftsputschisten am Montag bei der Vertreibung des legitimen Vorstands aus dem Gewerkschaftsgebäude zu helfen. Dieses Unterfangen blieb bis Redaktionsschluss (Anm.: 27.2.) erfolglos.

Der legitime Vorstand rief für den 25. Februar unterdessen eine Vollversammlung der etwa 1.300 Beschäftigten der öffentlichen Hafengesellschaft JAPDEVA ein. Thema soll erneut der Regierungsplan zur Privatisierung sein. Die Gewerkschaft organisiert fast 90 Prozent der Beschäftigten und auf zwei Vollversammlungen lehnten diese das Vorhaben einmütig ab.

Im ebenfalls neu gewählten Parlament verfügt Laura Chinchillas Partei PLN zwar über keine eigene Mehrheit, aber nach einem Erdbeerschmerzverlust für die gemäßigte Partei PAC (Partido Acción Ciudadana) kontrolliert die Präsidentin mit den konservativen, rechten und fundamentalistisch-christlichen Parteien das Parlament künftig mit sicherer Zwei-Drittel-Mehrheit.

(Torge Löding/voces nuestras/poonal/gek.) <http://www.npla.de/de/poonal/2723-wahl-nachlese-soziale-bewegung-nach-rechts-ruck-in-der-defensive>

D e b a t t e n :

“Das Patriarchat”

Antwort auf -EH-s Replik bzgl. “autonomer Rechtssysteme”, akin 5/2010 (in Folge der “Totschlag-Debatte” seit akin 2/2010)

Liebe -EH-! Ich möchte mich an dieser Stelle aufrichtig für meine Schlampigkeit bei der Wiedergabe der Sachlage entschuldigen. Ich bin wohl etwas zu hastig und unvorbereitet an die Sache herangegangen, und habe mir ein paar notwendige Ausführungen gespart bzw. schlecht recherchiert.

Ich danke dir jedoch für deine wertvolle Antwort. Kritik an der — wie gesagt umstrittenen — Definitionsmacht (DefMa) der Betroffenen aus rechtsstaatlicher Perspektive ist schwer zu kriegen. Ich hoffe, dass unser Austausch ein paar Leute zu neuen Standpunkten und/oder Argumenten inspiriert hat.

Ich habe meine Meinung beim Schildern der DefMa (wir Linken und unsre Geheimsprache) bewusst zurückgenommen. Es gibt Gegenentwürfe zu diesem Konzept, die mir mehr zusagen als eine Definitionsmacht der Betroffenen, die sich auf Frauen beschränkt, während männliche und transgender/queere “Opfer” im Konzept nur unter “ferner liefen” angeführt werden.

Bei der “transformativen Hilfe” geht es zB darum, Betroffene und Täter zur Deeskalation erst mal zu trennen, und beiden die Hilfestellung zu geben, die sie benötigen. Dem/der Betroffenen Unterstützung und Geborgenheit, dem/der TäterIn Hilfe, aggressive Verhaltensweisen zu verlernen.

Wichtig ist bei transformativer Hilfe UND DefMa, dass sich jederR bewusst ist, dass individuelle Grenzen beliebig weit gesteckt sein können, und jederR damit potentieller TäterIn ist (im Gegensatz zum herrschenden Bild in der Gesellschaft, dass die Kriminellen immer die Anderen sind und VergewaltigerInnen prinzipiell psychopathische Monster).

Dies erfordert natürlich eine bisher ungekannte Sensibilität der Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Wenn nur Frauen das Recht auf Anwendung der DefMa vorbehalten bleibt, entfällt für diese natürlich auch die Notwendigkeit, sich mit der TäterInnenrolle auseinanderzusetzen.

Wenn ich von einem autonomen Gegenentwurf schreibe, dann meine ich damit einen Entwurf, der unabhängig von herrschenden Verhältnissen angewendet wird. Ich erhebe eben nicht den Anspruch darauf, dass die Definitionsmacht der Betroffenen die Definitionsmacht der Justiz ablöst. Ich wollte lediglich darauf aufmerksam machen,

dass für einige Leute der Eindruck entstanden sein könnte, dass hier versucht wurde, den Täter in einer gewissen Art und Weise zu entschuldigen.

JedeR von uns hat ihre/seine eigene, subjektive Wahrnehmung von dem Fall und dem Urteil (meine war z.B. anfangs vollkommen falsch). Wirklich wesentlich ist, meiner Meinung nach, aber vor allem die Wahrnehmung der Betroffenen.

Da die Betroffene überlebt hat, halte ich es für noch unangebrachter, vom Fall des Türken zu sprechen, der seine Frau niedergestochen hat, und dabei seiner Frau die Rolle des Objekts (im grammatikalischen Sinne) zu überlassen. Gewissermaßen ist dieser Mangel in der Berichterstattung ja der Grund für meine falschen Informationen zum Verbleib der Armen (soll jetzt keine Ausrede sein), weil es einfach nicht wichtig zu sein scheint.

Die Absicht hinter meinem Artikel war allerdings, Kritik am Patriarchat zu fördern. Ich empfehle zur Einführung die Wikipediaartikel “Patriarchat (Soziologie)” und “Matriarchat”. Wie bei Wikipedia üblich, kann man sich ja dann beliebig durch die verlinkten Stichwörter wühlen.

Ich glaube nicht, dass das Patriarchat dadurch gebrochen werden kann, dass man Frauen auf die Posten von Männern setzt. Dann hätte z.B. Margaret Thatchers Politik einen wahren Segen für die Emanzipation der Frau bedeuten müssen (vielleicht übertreibe ich etwas).

Dass sich das Patriarchat gegen die “Urgesellschaft” durchgesetzt hat, ist nun schon mehr als 5000 Jahre her, und die Mitglieder der Gesellschaft prägen einander gegenseitig und reproduzieren ihr Verhalten Generation für Generation.

Eigentum und Besitz, das Recht des Stärkeren (der Mehrheit), Marginalisierung, Einflussnahme auf alle Lebensbereiche der/des Einzelnen,... sind auffällige Merkmale unserer Gesellschaft, und ich habe mich lange gefragt, wer eigentlich damit angefangen hat.

Die Auseinandersetzung mit dem Patriarchat liefert — so finde ich — eine recht gute Antwort darauf, wer eigentlich auf die Idee gekommen ist, den Anspruch auf ein Stück Land zu erheben. Wem der Begriff Patriarchat nicht gefällt (er ruft ja doch wieder nur geschlechtsbezogene Assoziationen hervor), die/der kann auch vom Faustrecht sprechen. Letztendlich läuft es auf das hinaus. Selbst Staatsgewalt basiert auf dem Recht der Stärkeren, so oft und penibel man sie auch teilen mag.

Aber um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Zentralinstanzen weisen auf eine patriarchale Gesellschaftsform hin. Die Einsetzung von Richterinnen und Ministerinnen tut daran keinen Abbruch. Auch Frauen können patriarchal geprägt sein. Der Fortschritt, der in den letzten 50 Jahren erzielt wurde, besteht darin, dass sie sich ihr Rollenbild nun aussuchen können.

Wer meint, in einem Patriarchat (oder aus dem Patriarchat heraus) könnten Frauen nicht die selben Fehler machen wie Männer, begeht einen folgenreichen Fehler.

Wenn zB Frauen auf Grund von Quoten eingesetzt werden, so werden es ja wieder nur die sein, die sich im Wettbewerb am besten durchsetzen können.

Der Schlüssel liegt also darin, die Schwächen unserer verholzten Systeme zu entdecken, und sie im Alltag nicht zu reproduzieren. Erst wenn diese Haltung Einfluss z.B. in der Funktionsweise von Parteien hat, können diese Parteien emanzipierte Männer und Frauen hervorbringen.

Unabhängig davon muss es aber auch möglich sein, Utopien und Alternativen zuzulassen bzw. auszubrüten und umzusetzen, denn nur weil ein System — repräsentative Demokratie z.B. — durch eine Mehrheit legitimiert ist, heißt das nicht automatisch dass sich alle in ihm frei fühlen.

Mit den besten Wünschen all jenen, die unterm Joch der Repression leiden

-postcore-

Interessierte Skepsis

Zu der Debatte um den Aufruf "Für eine Linke mit gesellschaftlicher Dimension!", akin 5/2010

Lieber Bernhard Redl! Soferne ich den Aufruf für eine Linke mit gesellschaftlicher Dimension aufmerksam genug gelesen habe, finde ich, dass darin einige der Fragen, die du stellst, bereits beantwortet sind. Die wollen NICHT bei Wahlen antreten! Und die wollen sich bewusst NICHT "politisch verankern". Und die suchen NICHT einen Hebel zur Macht.

Und, wenn sie sich in einer Weise organisieren wollen, die bewusst auch für jene offen und zugänglich bleibt, die sich nicht regelmäßig einbringen und beteiligen können/wollen — dann ist das m.E. sehr wohl ein sehr respektabler Zweck des ganzen Unterfangens: denn genau an dieser Problematik sind Organisationen bisher

immer gescheitert, verkrustet bzw. kranken sie daran.

So unkonkret lese und finde ich das nicht ... Ich kann mir auch keine konkrete Vorstellung davon machen, aber mir ist klar, dass das eben von der radikalen, ernsthaften Andersartigkeit dieses Ansatzes im Vergleich zum Bisherigen kommt. Und wenn ich im Bereich des Gesellschaftlichen etwas nur "erahnen" kann/darf, macht mich das klarerweise sehr skeptisch; ich sehe keinen Grund, für eine Unterschrift unter das Papier — aber es interessiert mich, die Entwicklung des Ansatzes weiter zu verfolgen.

Christian Krall

*

Lieber Christian, wenn ich vom "Hebel der Macht" gesprochen habe, dann meine ich nicht, daß diese Gruppe sich in Regierungsämter oder auch nur in das Parlament bringen möchte. Wenn ich den Aufruf richtig verstanden habe, dann treffen sich die Mitglieder aber sehr wohl, um etwas zu verändern — sonst wäre das ganze Unterfangen ja sinnlos. Von mir aus kann so etwas auch nur ein Forum des Gedankenaustausches sein — solche Projekte waren in der Geschichte oft genug schon ziemlich wirkmächtig. Das meine ich mit Macht. Und Deine Kritik ist genau auch die meine: Wenn ich nur erahnen kann, was da geplant wird, bin ich ebenfalls skeptisch. Nur zu sagen, was man nicht ist, ist mir dann doch ein wenig zu unkonkret.

Dennoch bin ich genauso wie Du durchaus weiterhin interessiert an diesem Projekt. Niedermachen wollte ich die Idee sicher nicht — ich hätte mich auch schon gerne einmal persönlich ein Bild von der Gruppe gemacht, allerdings trifft sie sich immer dann, wenn ich keine Zeit habe — auch ein Grund, warum ich versucht habe meine Kritik zu verschriftlichen. Hielte ich denn nämlich das Projekt für grundverkehrt, wäre es sinnlos gewesen, Konkretisierungen zu fordern.

Bernhard Redl

Termine

Anderungen bitte uns bekanntzugeben! Telefonnummern ohne Vorwahl sind Wiener Festnetz-Nummern.

Ständiges

Critical Mass (aka Radldemo), j. 3.Fr. i. Monat, 16:30, 1030 Schwarzenbergpl., <http://critical-mass.at/>

GRÜNE Bezirksgr.: BG2 j. 1. u. 3. Mi, 19h, Galerie Vor Ort, 1020 Wohlmutstr.14; BG3 j.1.u.3. Mi 19h Ungarg. 45; BG4 1. Mi, 20h, 1040 Favoritenstr.22; BG5 Di 19.30 1050 Zentag. 39/1 BG6 1.u.3.Mi 19.30 Söphel am Naschmarkt, 1060 Linke Wienzeile 34, BG7 j. unger. Wo. Do Cafe Kultur, Westbahnstr.21; BG8 j. Mi 19h, Kochg. 16, Tel.403 36 69; BG9 j. 1. u.3. Mi 19h, Pramerg.19, 3.Mi auf Anfrage Tel.92 50 712; BG10 jed Mi, 19h, Pernerstorferg. 42; BG11 GrünRaum Leberberg, Mi u.Do 16-19h, sowie Fr 9 bis 12h. 1110 Rosa Jochmann Ring 5/28; BG12 j. 2. u. 4. Do, 19h, Gh. Weidinger, Klährg. 3; BG13 jed 1. + 3. Mi, 19.30, Gh. Asien Villa, Auhofstr.80, BG14 jed. 1. Mi 18.30 Breitensteinerstr. visavis B.Kino, BG15, Do, 19h Reithofferpl./Märzstr.; BG16, jed. 2. Die 19 im Lokal der BG 8 1080 Blindeng.5/2 Infos 0664/831 75 20, BG17 Di, 19.30, Club Gandhi, Schadinag. 3; BG19, Mi, 19h, Barawitzkag. 16; BG20, j. 1., 3. + 4. Mi, 19.30; Hannoverg.13; BG21 j.Mi 18.30, Brünner Str.26-32/5, BG22 j. 1.+3. Di, 19.30 Wagramerstr. 117/4, sowie GrünRaum Donauefeld, Die, Mi 16-19h, Do 9-12h. 1220 Dückeg. 7/Tokiost.11; BG23 Mi, 20h, Atzgersdorf, Kirchenpl. 7, Init. Grüner SeniorIn. j.1.u.3.Di, 17h, 1070 Lindeng. 40

GAJ: Wien: Plenum Do 19h, 1070, Lindeng. 40, T52125242, <http://www.gajwien.at/>; Wr.Neustadt Fr 15h Roseng.9; Stmk: Fr 15h Graz Paulustorg. 3. Tirol Mo 19h Grünes Büro Ibk., Adamg.13-15; Vlb.: 6800 Feldkirch Pf73;

SLP: 1070 Kaiserstr. 14/11, T. 5246310, F. 5246311; Treffen: Jugendgruppe, jed. Mo 18.30 im Amerlinghaus, 1070 Stiftg.8, Wien-West, jed. Mi 19h Fünfhäuser Stüberl, 1150 Löhrg.13, Wien-

Süd, jed. Do 19h, Cafe Rüdigerhof 1050 Hamburgerstr. 20, Wien-Nordjed. Do um 18h, PIWNICA, 1200 Jägerstr. 38; Linz, Mo 18h, Alte Welt, Hauptpl. 4; Slzbg Do 19h, Shakespeare, Hubert-Sattler-G. 3/Mirabellplatz, Hallein, jed. Mo um 18,30 im Lechenauers, Molnarplatz 16, NÖ nicht regelmäßig Infos Tel. 01/524 63 10 oder www.slp.at, Klagenfurt, jed. 1. Die im Mo um 18h Jugendherberge Neckheimg.6

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8

INFOLADEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel.07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Komeburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15,30-16,30, 2100 Lauer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr. 17, Di, Fr, Sa 16 - 20h, http://www.kv-treibsand.at; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h, infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz, AJZ Between, Bahnhofstr.47, 05574/44379, jz.buch@gmx.at Politik a. Freitag j. 2. Fr. i. Mo., Wr. Neust., 19,30, Triebwerk/ Neunkirchner Str. 65B

EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18,30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLX-Bibliothek Do 16 - 20 h, http://www.med-user.net/ekh

PrekärCafe .j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h. 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

FRAUEN: FLMZ, Währingerstr. 59/ St.6, T+F 4085057, Plenum: j.1. Do, 18,30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j.2.u.4. Di 18h, Eingang Prechtlgasse, ARGE Dic ke Weiber, Treffen jed. 2. Freitag im Monat, 17,30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentrum f. Immigrantinnen, T4086119, http://www.peregrina.at; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

Foto- & Zeitschriftenarchiv d. AUF: Büro, Mi, 10-12h, 1010 Kleeblattg.7. WOHNEN: Fawos - Wohnungssicherung 2185690, fax DW85030, 1020 Schiffamtsg. 14, 3. Stock. Mo, Di, Do, Fr: 8,30-12h, Mi 17-19h.

MieterInnen-Ini, kostenl. Berat., Liechtensteinst.123/20, Mo+Di, 14-18h, 3194486

Beweg. Rot. Wien, Büro Mo, Di, Fr 10 - 13h, Di-Do 15 - 18h, Tel. 319 04 57. Jour fixe j. 1. u. 3. Do 18-20h, 1090 Liechtensteinst. 123/20; Stammj. j. 1. u. 3. Do 20-22h, Cafe Singvögel, 1090 Liechtensteinst. 109

FRIEDEN: Bew. gg. d. Krieg (1080 Josefstädterstr. 29, Tel/Fax 971 33 19). Treffen Di 20h: Vorstandzent., Gußhausstraße 14/3, 1040

Wr.Friedensbew., Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6
Friedenswerkst. Linz, 4020 Dinghoferstr.27, Tel.0732/771094, Fax 0732/797391, Büro & Bibl. Mo 13-18, Mi 9-14, Do 17-19

ARBEITSLOSE: AMSand, Beratung: Do, 18h, Amerlingh., 1070 Stifftg.8, http://www.amsand.com; Frauenberatung AMSandstrand: jed. 1., 2.u. 3. Di. im M. von 18 bis 20h, http://www.amsandstrand.com

Verein "Zum Alten Eisen" / 1080 Laudong.16, Tel. 0664/100 90 83 Mo - Fr 8-16h, Treffen jed. Do ab 16h im Gasthaus Dormann 1050 Wimmerg.9

Verein. Arbeitsloseninis: NÖ, 3100 St. Pölten, A. Hofer Str. 4, T.02742/73440; Salz.-Itzling 5020, Kirchenstr.34/ ABZ-Beisl, Tel. 0662/ 821833; Klagenf. 9020, Südbahngürtel 24, Tel. 0463/319732.; Vlb. 6805 Feldk.-Giesingen, Runastr. 25, Tel. 05522/37536

Föder. d. ArbeiterInnensyndikate (FAS) http://www.syndikate.at

ASYL/MIGRATION/RASSISMUS: SOS-Mitmenschen: 1071, Pf. 220; 5249900, F: 524 99 009

ZARA Beratungsst. für Zeugen & Opfer v. Rassis., 1060 Luftbadg.14-16; 9291399, http://www.zara.or.at ZARA bietet gemeinsam mit VHS Otkaring wieder Workshops, Trainings etc. an. Mo - Do 10-18h

Verein Zebra, Graz, Schönaugtl. 29; u.a. mutterspr. Wohnrechtsberat., Tel. Anm. 0316/71 46 42 Mo-Fr, 9-12h
Flugh.-Soziald. u. Grüne AusländerIn. berat. 1060 Wien, Magdalenenstr.24, Tel. 587 59 99

Asylkoordination, 1080 Laudong. 52/9, Anm: Tel. 53 212 91 - 14, dallinger@asyl.at, http://www.asyl.at

Forum gg. Antisem., Tel. 53104-255 Mo-Do 9-17h, Fr 9-14h. 24h-für Notfälle: 3698526

LGBT: LICRA - Internat. Liga gg. Rassistismus & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg.1/Cafe Hebenstreit

Antidiskrim.stelle f. Lesb., Schw., Transgend.: Di 14-18h, T.4000/81449, 1080 Fr. Schmidt Pl. 3, 3.St.

Rechtskomitee Lambda f. pol. & rechtl. interess. Lesben, Schwule, Bisexuelle. J. 1. Mo., 19h, X-Bar, 1060 Mariahilferstr.45, Raimundpassage

WILI-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi. 19:30 KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng.

Wuk-Inforunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str.59

RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau: Vorstand-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Cafe Di 18h

Augustin; j.1.Mi.i.Monat 18-20 Uhr Schreibwerkstatt im Häferl, 1060 Hornbostelg.6; Radiowerkstatt j.2.Mi.i.Monat 10-12 Uhr, 1040 Mostg. 7/3; 587 87 90

ATTAC: 1050 Margaretenstr. 166/ 3.St./25, T 5440010, www.attac.at

W.E.G.: virt. Kostnixladen u.a.: http://www.geldlos.at - Kostnixladen im vekk. 1050 Zentag.26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebda: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und vökü

I:DA, anarchistisch-libertäres Kollektiv: Film & Volkküche, Di, ab 20h, 1150 Zwölfgr.9, hinterm Westbahnhof

AUGE/UG Büro, Termine /Themen: http://www.auge.or.at, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at

Arge WDV, argewdv@verweigert.at, 535 91 09, Fax 5327416, 1010 Schoteng. 3a/1/4/59, Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; http://www.deserteursberatung.at; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung: J.1.Do/Monat, 18h, bei dring. Fällen: 0699/112 25 867, Fax: 532 74 16, solidaritaetsgruppe@chello.at

Polit. Bezirksini. PolDi-Politik Direkt am 1. oder 2.Mo im Mon, 19h Uhr, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41, http://poldi.mond.at, Nachfragen: 319 44 86 o. poldi news@mond.at

Marxer Lesestube (Zeitungen, Sachbücher, Kaffee-Plausch) Fr ab 16h, 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.)

IA.RKP j. 1. Mi im Monat, 19h Amerlinghaus, 1070 Stifftg. 8

VIRUS Di, 20h WUK-Umweltb., 1090 Währ.Str.59, Eisenstiege

Gruppe Prolet. Revol. (Linkskomm.) & AG Kampagne zur Ausdehnung von Protesten auf die Beschäftigten der Betriebe, Di außerh. der Ferien, 15h; Pizzeria Venezia, 1040 Weyringerg./Viktorg., klassenaktion@gmx.at, T. 0699/10 38 55 80

Amtshaus Mariahilf, jed. ersten Donnerstag/Werktag im Monat von 16-18h kostenlose psychotherap. Erstberatung! Anm. unter 4000-06110, 1060 Amerlingstr.11, 1.Stock

Derzeitiges

Künstlerhaus, Ausstellung des Wien-Museum bis 28.3.2010: Kampf um die Stadt: Politik, Kunst und Alltag um 1930. Ein Zeitgeschichte- und Kulturpanorama jener entscheidenden Jahre, als die Zukunft der jungen Republik auf der Kippe stand - zwischen Demokratie und Diktatur. Die - So, Fei 10-18h, Do 10-21h, 24.12. und 31.12. nur bis 14h, aber 25.12. und 1.1.2010 geschlossen

Jüdisches Museum, geöffnet Mo - Do und So 9-18h, Ausstellung bis 14.3.: Hast du meine Alpen gesehen? Eine jüdische Beziehungsgeschichte. 1010 Dorotheerg.11

Uni-Campus, Inst. für Kunstgeschichte/AULA, Hof 9, Ausstellung bis 14.5.: Ausgegrenzt, vertrieben, ermordet. 1090 Eingang Garnisong.13

Literaturhaus, Ausstellung bis 16.4.10: Staatsoperetten. Kunstverstörungen. Das kulturelle Klima der 1970er Jahre. Geöffnet Mo, Mi 9 - 17h, Di 9-19h, Fr 9-15h, 1070 Seideng.13, bei Abendveranst. 1070 Zieglerg.26a, Infos www.literaturhaus.at

VHS Brigittenau, Ausstellung 1.3. bis 2.4.: Hoffnung fern der Heimat - eine Bilderausstellung von Asylwerbenden. 1200 Raffaelg.11-13

Filmmuseum, bis 4.3.2010: Werke aus Elia Kazans Schaffen, darunter einige rare Kurzfilme im Umfeld der linken New Yorker Szene vor 1945. 1010 Albertina, Tel. 533 70 54/19 und www.filmmuseum.at

Top Kino, vom 4. bis 8.3.: Internat. Animations Filmfestival: Tricky Women, 1060 Rahlg.1, Tel. 99 04 663, www.topkino.at, Eröffnung im Gartenbaukino

Filmcasino, Eröffnung am 25.2.: Frauenfilmtage, 1050 Margaretenstr.78, Tel. 587 90 62, www.filmcasino.at: ab 26.2.2010 alle Spieltermine im Filmhaus Kino 1070 Spittelbergg.3, Tel. 522 48 16, www.stadtkinowien.at

Mittwoch, 3.3.

Jüdisches Museum, 18,30, im Rahmen der Ausstellung: Hast du meine Alpen gesehen: Timothy Nelson: Davos: Konfrontationen auf dem Zaubenberg. 1010 Dorotheerg.11

Volkstheater, Rote Bar, 21,30, das andere Wien: Wem gehört die Stadt?

Amerlinghaus, 1070 Wien, Stifftgasse 8: 19 Uhr: "63 years of

wars, 42 years of occupation, 4 years since the second lebanon war, 1 year since Gaza war, what is the next? Diskussion mit Shahar Hlinovsky

Bahö Magazin, 1010 Wien, Fischerstiege 4-8, 19 Uhr 30: "Bologna brennt nicht von allein". Mobilisierungsveranstaltung zu den Aktionstagen. Email bahoemagasin@riseup.net

Donnerstag, 4.3.

Ekh, 20h, Politdiskubeisl: Why she refused to act. 1100 Wielandg.2-4

Amerlinghaus, 19h, Disk: Bologna - Bildung - Proteste - Universitäten wohin? 1070 Stifftg.8

NIG, 19h, GegenStandpunkt & Diskussion: Kritik - wie geht das? 1010 Universitätsstr.7

AK Wien, großer Saal, 17h, Europeans for Financial Reform - Finanztransaktionssteuer jetzt! 1040 Theresianumg.16, Anm: melanie.oberhauser@akwien.at

Graz, Rathaus, Internat.Frauentag, Symposium im Rathaus bis 5.3: Frauen bewegen - Internat. Schritte zur Gleichberechtigung. Anm. unter: frauenbeauftragte@stadt.graz.at

Hauptbücherei, 1070 Wien, Urban-Loritzplatz 2a, 19 Uhr: Rezessionsresistent? Der Fußball und die Wirtschaftskrise

Freitag, 5.3.

DEMO ab 13h Praterstern: Vom Traum zum Raum: Forderung an die Gemeinde Wien: Leerstehende Flächen und Objekte für die Wagenplätze und für die Gruppe "Hausprojekt" zur Verfügung zu stellen!!! Gegen über-teuerte Wohnkomplexe, gegen Leerstand

KI-Lokal, 19h, Verant. zum Frauentag: Eine neue Gesellschaft bauen - ein Abend zu Margarethe Schütte-Lihotzky. 1160 Rankgasse 2/Huttengasse

Shiraz, 21h, Cosy Clubbing zum Frauentag Alsergrund, 1190 Stadtbahnbogen 185

Café Siebenstern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien, 20 Uhr: Der Promedia Verlag lädt zur Präsentation des Buches "Reisen in das Land der Kriege" (Erlebnisse eines Fremden in Jugoslawien) von Kurt Köpruner mit anschließender Diskussion.

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Robert-Jungk-Platz 1, Salzburg: Gplus (Die Grünen 50+) Salzburg/GBW - Salzburg, 16.00 bis ca. 20.00 Uhr "Sinnvoller Konsum - sinnvolles Leben" Leitung: Hans Holzinger, Autor des Buches

„Nachhaltig leben“ Anmeldung: gbw.salzburg@gruene.at oder Tel. 0662/877326

Durch das jüdische und „braune“ Linz: Ein Musik-Literatur-Rundgang mit Herwig Strobl. Veranstalter: Gplus - Die Grünen 50+ OÖ. 16.00 - 18.00 Uhr Treffpunkt: Museum Nordico, Dامتزstraße

Samstag, 6.3.

Graz, Gen. Musikdirektion, 19,30, Utopia - das Fest zum Intgernat. Frauentag. Grieskai 74a

Linz, 11-19h bundesweite Konferenz der SPÖ-Linke, anschl. Veranstaltung zum Internat. Frauentag!!

Feuerhalle Simmering (Simmeringer Hauptstraße 337, 1110 Wien) 14:00 Uhr: Beginn der offiziellen Trauerfeier für Johanna Dohnal, österreichische Pionierin der Frauenpolitik. Zwischen 11 und 14 gibt es die Möglichkeit sich in das Kondolenzbuch einzutragen. Auf Wunsch der Familie wird ersucht, von Kranz- und Blumenpenden Abstand zu nehmen. Stattdessen wird um eine Spende für die Kinderfreunde Grabern auf das Konto 0000 40 14 726, Weinviertel Sparkasse, BLZ 20 22 0 gebeten.

Sonntag, 7.3.

Ab 13 h, von der kurdischen Frauenorganisation Avesta, im KIB, Jurekg. 26, 1150 Wien 100 Jahre 8. März und Gründung eines Frauenparlaments.

Montag, 8.3.

Frauendemo Treffpunkt: 8.3.10, 17 h, Mariahilferstraße/Ecke Museumsplatz, beim Marcus-Omofumo-Denkmal

Vienna International Center - Demonstration gegen die Drogenkriminalisierung (speziell von Cannabis) vor dem Eingang zum Treffen der UN-Suchtstoffkommission, Beginn 9 Uhr. U 1/Kaisermühlen

Graz, Hauptplatz, 10 - 13h UTOPIA die Aktion zum Internat. Frauentag

Ofroom, 19h, Frau des Jahres 2010: Ein Fest für Elisabeth Ben David-Hindler - sie wurde von den Grünen BezirksrätInnen 2. Bez. zur Frau des Jahres 2010 erkoren. 1020 Taborstr. 18

Ega, 19h, Verant: Arbeitskämpfe in Serbien. 1060 Windmühlg. 26

Kosmos-Theater, 10 Jahresfeier: „Das Theater mit dem Gender“. Beginn 19h, u.a.

Buchpräs., Film, Musik etc. 1070 Siebensterng. 42

Protestmarsch ab 18 h, für die Solidarität mit den Frauen im Iran. Vom Albertinaplatz zur Iranischen Botschaft.

Frauenfest ab 19 h, in der FZ-Bar, 1090, Währingerstraße 59, Eingang Prechtlgasse, bei der schwarz-roten Tür läuten

Dienstag, 9.3.

Vienna International Center - 9h, Demonstration, siehe 8.3.

Aktionsradius, 19,30, Revue der StadträtInnen - die Reale Party der fiktiven Republik. 1200 Gaußplatz 11

Donaucitykirche, Donaucitystr. 2, 1220 Wien, 19 Uhr: Vortrag Elke Renner: „Wer hat Angst vor der Bildungsreform?“

Mittwoch, 10.3.

Depot, 19h, Vortrag: Die Jüdischnationale Partei 1906 - 1938. 1070 Breita Gasse 3

Volkstheater, 22,30, Rote Bar: Unterm Hakenkreuz: Flüsterwitze & Spottgedichte.

Kosmos Theater, Symposium bis 12.3.: Das Theater mit dem Gender. 1070 Siebensterng. 42

La Piazza, 18,30, Verant: Nationalratswahlen 1970: vor 40 Jahren begann die Ära Kreisky. 1200 Gaußplatz 7

Rotpunkt, 19h, Buchpräs: Das Gespenst der Armut. 1050 Reinprechtsdorferstr. 6

Grüne Bildungswerkstatt, 18h, Vortrag Paul Kolm/AUGE/UG: Leistung - Lohn - Leistungslohn. 1070 Neubaug. 8, Anm. www.gbw-wien.at

Linz: Große Bologna-Auftaktkundgebung: Die unbrennt-Protestbewegung der Johannes Kepler Universität Linz veranstaltet eine große Auftaktkundgebung zu den Protesten gegen den Bologna-Gipfel im März. Unter dem Motto „Gegen 10 Jahre Bologna Prozess und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ wird am Linzer Hauptplatz ein Protestcamp mit NGOs und einem Kulturprogramm aufgebaut. Von 13:00 bis 18:00 Uhr gibt es Redebeiträge, Infostände und Musik. Kulturprogramm: Hubsi Kramer und eine Überraschungsband

Donnerstag, 11.3.

Wien Westbahnhof/Brodaplatz, ab 15h Gipfel-DEMO, gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau.

Campus Uni Wien - Alternativ-

Gipfel mit workshops etc, bis 14.3.: Make Bologna History! 1090 Spitalgasse

Cafe Landtmann, 19h, Diskussionsrunde des Medical Cannabis Clubs, danach: „The War on Drugs“, Film (A, 99 Min.)

Hauptbücherei, 18,30, Präs. und Disk: Kritik des Okzidentalismus. 1070 Urban Loritz Platz 2a

Seminarraum der GBW-Wien, Neubaugasse 8, 14.00 bis 17.00 Uhr: POLITISCHE BILDUNG - Modul 2: Migration und Integration. Wer sind die MigrantInnen und was bedeutet „Integration“? Mit Gerda FALKNER (ÖAW - angefragt) und Erdal KALAYCI (Referent für Migration, Menschenrechte im Grünen Rathausklub-Wien)

Freitag, 12.3.

Cafe Landtmann, Löwelzimmer, 10h, Pressekonferenz der European Coalition for Just and Effective Drug Policies (ENCOD) zum Treffen der UN-Suchtstoffkommission

ÖKAZ, 19h, Disk. mit Vertretern der jüdisch-arabischen Befreiungsbewegung Abna el Balad: Menschen zweiter Klasse in Isreal - über die systematische Diskriminierung israelischer Araber/innen. 1040 Gußhausstr. 14/3

Samstag, 13.3.

Kosmos Theater, 10 Jahres Fest und ab 19h Lange Nacht der Künstlerinnen. 1070 Siebensterng. 42

FZ-Bar (Währingerstr. 59, 1090 Wien, 19.30 Uhr: Clara Zetkin. Wer ist sie? Ihre Geschichte in der Arbeiter- und Frauenbewegung, ihre feministischen Positionen und sozialistischen Perspektiven. Mit Wienke Zietzlaff aus Hannover

Dienstag, 16.3.

Hauptbücherei, 19h, BEIGE-WUM und Attac-Verant. mit Buchpräs: Mythen der Krise. 1070 Urban Loritz Platz

Depot, 19h, BackTalk - Strategien gegen Rechts. 1070 Breite Gasse 3

Grünes Haus, 17h, IGS Jour fixe: Gendergerechte Medizin - was brauchen Frauen, was brauchen Männer? 1070 Lindeng. 40

Jüdisches Museum, 18,30, Wolfgang Kos: Der Semmering als Sommerfrischeort jüd. Intellektueller. 1010 Dorotheerg. 11

Gplus - Die Grünen 50+ OÖ

4020 Linz, Hauptplatz 1, Altes Rathaus, Pressezentrum (4.OG) 18.00 bis 20.00 Uhr: Alternativen im Wohnbau - gibt's die? DiskussionspartnerInnen: VertreterInnen aus Politik, Architektur, Wohnbaugenossenschaften und privaten Wohnprojekten. Wie und wo wollen wir später einmal wohnen? Gemeinschaftliche Wohnprojekte werden in Österreich derzeit nicht angeboten. Die wenigen erfolgreichen Projekte wurden privat initiiert und mit viel Ausdauer umgesetzt.

Mittwoch, 17.3.

Depot, 19h, kinoki: Volkskrieg - ein Heimatfilm. 1070 Breite Gasse 3

Wirtschaftsmuseum, 17h, Vortrag: Ein Museum im Dienst der Volksbildung. 1050 Vogel-sangg. 36

Donnerstag, 18.3.

Wr. Rathaus, Sozialgipfel der AUGE/UG und der KIV/UG, von 16h bis 20,30: Wir stürmen den Gipfel zur Sozialmilliarde. Anm. Tel. 50 51 952/0

Freitag, 19.3.

Aktionsradius, 17h, Stadtflanerie im Forschungsfeld, mit Martina Handler: Die zerwettete Stadt - im 20. Bezirk gibt es derzeit 107 Wettcafes. 1200 Gaußplatz 11

FZ-Bar: 19.30 Gründungsgeschichten des 8. März. Mit Heidi Niederko.er und Johanna Zechner

Samstag 20.3.

FZ-Bar, Währingerstr. 59, 1090 Wien: 20 Uhr Feministische Kampagnen gegen Frauenmorde. Informationen und Diskussionen zur Kampagne der kurdischen Frauenbewegung „Wir sind niemandes Ehre. Unsere Ehre heißt Freiheit“ und zur Ausstellung der Autonomen Frauenhäuser „Stille Zeuginnen“. Mit Frauen von Utamara (D) und der „Informationsstelle gegen Gewalt“ (Ö).

Sonntag, 21.3.

Amerlinghaus, 15h, Konferenz: Wiener Gemeinderatswahl - was macht die Linke? 1070 Stiftg. 8

Montag, 22.3.

Depot, 19h, Vortrag und Disk: Alltag und Handeln in Psychiatrien. 1070 Breite Gasse 3

Dienstag, 23.3.

Depot, 19h, Podiumsdisk. Subversiv?

Mittwoch, 24.3.

VHS Hernals, 19,30, Disk: Wo bleibt das Geld? GewinnerInnen und VerliererInnen der Finanzkrise. Rötzerger.15

Amerlinghaus, 18h, Disk. mit Heinz Dürr/AUGE /UG: Rechtsstaat Österreich? - und "Was kümmert der § 278 die Gewerkschaftsbewegung. 1070 Stiftg.8 Graz, Cafe Libertad, 17h: Kraftwerks-Mania oder Grüne Energiewende? Garteng.28

Donnerstag, 25.3.

Cafe Augarten/U 2 Taborstraße-Augartenstraße, 14h, Treffen zur Stadtwanderung mit der IGS Wien: Weg der Erinnerung durch die Leopoldstadt.

VORSCHAU

Samstag, 27.3. und Sonntag 28.3.: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien: Sozialismus-Tage 2010
Eintritt: Spende. Speis, Trank und Literatur gibt es in der Roten Cafeteria. Am Samstag Abend gibt es gute Musik, entspannte Atmosphäre und

Videos in der Red Lounge.

Samstag ab 13 Uhr: Ficken im Kapitalismus. Sexualmoral und die Linke. Sabine Saloschin (RSO Wien) Eric Wegner (RSO Wien)

Samstag, 15:30 Uhr - parallel : Deutscher Imperialismus im Vormarsch .Ein Aktivist der Werkstatt für Frieden & Solidarität, Yanik Bergmann (RSO Berlin)

und: Freie Bildung - was soll das sein? Markus Grass (AHS-Lehrer) Agnes Blum (Audimaxistin) Johannes Wolf (RSO Unigruppe)

Samstag, 18 Uhr: Die Krise ist da - wie steht's mit den Kämpfen? Stavros Skevos (OKDE-Ergatiki Pali, Thessaloniki)

Valentin Preis (Unterstützer von Lutte Ouvrière, Paris) Adnan Ergil (türkischer Marxist) Maria Pachinger (RSO Wien)

Sonntag, 14 Uhr - parallel: China zwischen Weltmacht und sozialer Explosion Daniel Schnee (Sinologe, Zeitschrift Perspektiven) Stefan Horvath (RSO Wien)

und: Erfahrungen linker Betriebsarbeit: Sofia Theodoropoulou (OKDE-Ergatiki Pali, Athen) Valentin Preis (Unterstützer von Lutte Ouvrière, Paris) Max Hofmann (RSO Betriebsgruppe)

Sonntag, 16:30 Uhr: Die Linke und die Grünen. David Ellensohn (Stadttrat, Die Grünen Wien) Leo Lukas (Kabarettist, Mitbegründer der steirischen Grünen) Anke Hoorn (RSO Wien)

*

Montag, 29.3.: KosmosTheater, 1070 Wien, Siebensterngasse, 19 Uhr: Auguste Fickert. Vorkämpferin und Frauenrechtlerin der Ersten Frauenbewegung in Österreich. Vortrag von Petra Unger

Sa./So., 10./11.4.: FZ, Währingerstr. 59/6/2.St. WEN DO - Eingreifen gegen Rassismus, 10-19 h, Anmeldung: 01-408 50 57

Letzte Worte:

Die FPÖ und das Verbotsgesetz

In NÖ gibt es am 14. März Gemeinderatswahlen, so auch im Mostviertler Marktflecken Ober-Grafendorf. Dort kandidiert ein FPÖ-Landtagsabgeordneter namens Erich Königsberger. Und der mag es nicht, daß seine Wahlplakate mit Hakenkreuzen bemalt werden. Und er möchte, daß da die Polizei tätig wird. Allerdings nicht nur wegen Sachbeschädigung: "Anscheinend ist gewissen Leuten weder fremdes Eigentum noch Demokratie ein Begriff - sie begehen aber auch bewusst ein Verbrechen nach dem Verbotsgesetz", zitieren ihn die "Niederösterreichischen Nachrichten" (NÖN). Königsberger und Kameraden wollen sich daher auch "privat" auf die Lauer legen, um die "Wiederbetätigten" zu erwischen.

Also soll man das Verbotsgesetz doch nicht abschaffen, wie das Parteichef Strauche gerne hätte?

-br-

Quelle: <http://www.noen.at/redaktion/n-pie/article.asp?Text=325947&cat=320>

VORSICHT: kleingedrucktes!

Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches Diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen ideen und informationen möglichst vieler fortschrittlicher gruppen, initiativen und personen weiterverbreitet werden. Jeder artikel drückt lediglich die meinung der unterzeichnenden autoren und autorinnen aus. redaktionsmeldungen und technische informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen. Die redaktion besteht auf ihrer autonomie und behält sich daher auch das recht vor, texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, sexismen, rassismen und totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts neues respektive mittelwertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine veröffentlichung ein unzumutbarer schaden eintreten könnte, den die redaktion sich zu verantworten außer stande sieht, kann ein abdruck unterbleiben.

Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf verlangen einer solchen begründung wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der redaktion, zu entscheiden, ob ein text in eine der oben angeführten kategorien fällt. Sollte nach längerer diskussion kein konsens innerhalb der redaktion zu

erreichen sein, entscheidet die mehrheit der anwesenden redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren lösung zu suchen. Stimmberechtigte mitglieder sind nur regelmäßige mitarbeiterInnen der redaktion. Nach redaktionsschluß einlangende artikel können unter umständen nicht mehr berücksichtigt werden.

Analog gelten diese regelungen auch für die beilage von flugblättern. Abgelehnte manuskripte können in der redaktion eingesehen werden. Flugblätter etc. werden als dokumente aufgenommen und sind bestandteil der "aktuellen informationen". Soweit diese impressa tragen, haben sie hier keine gültigkeit. Es gilt lediglich das impressum der "aktuellen informationen". Die akin ist mitglied der vereinigung alternativer zeitschriften (VAZ).

Wöchentlicher herstellungsplan (wenn nicht anders angekündigt): redaktionsschluß und öffentliche redaktionssitzung: montag, 18h. Redaktionsschluß für termine: mo, 12h. Flugblätter, die der papierausgabe beigelegt werden und auch in der elektronischen selbstdruckausgabe erscheinen sollen, sind bitte als word- oder ungeschützte pdf-files ebenfalls bis mo, 18h übermitteln. Die manuelle produktion findet im auge-büro in der belvederegasse 10, 1040 statt: letzter termin zur ablieferung bereits gedruckter, beizulegender flugblätter: 13h; zusammentragen, heften, versandfertig machen: ab 13h.

Die abonnementkosten decken die produktionskosten nicht. Wir ersuchen daher die bezieherInnen der akin, sich mindestens einmal jährlich an den herstellungsarbeiten technisch und/ oder inhaltlich zu beteiligen.

Vertrieb und abonnementverwaltung: an

der redaktionsadresse (siehe impressum). Jahresabonnement (min. 32 reguläre ausgaben): 60 Euro (bei bfs-mitgliedern ist die abogebühr im mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 60 E plus ein bisserl einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe, bei Nichtbezahlung keine weitere Zusendung. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Konto-Nr.: Bank Austria, fÖj — bewegung für sozialismus Blz. 12000 Ktnr. 223-102-976/00, zahlungszweck: akin. Auf eurem adressenetikett steht in der obersten zeile der ablauf eures bezahlten abos (z.b. 07/12 = dezember 2007). Soweit abgelaufen, malen wir manchmal um das etikett einen kreis. Und im WWW findet ihr unser Archiv unter:

<http://akin.mediaweb.at>

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und herstellerin: bewegung für sozialismus (fÖj), belvedereg. 10, 1040 wien. Nachdruck unter quellenangabe und zusendung eines belegexemplars erbeten. Reproduktionen im internet bitte unter angabe unserer webadresse oder des deeplinks sowie benachrichtigung per mail. DVR-nummer: 0557 021; redaktion und postadresse: lobenhauerng.35/2, 1170 wien. tel. 01/53-56-200, kein fax, akin.buero@gmx.at

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
RETOUREN AN FÖJ/Bfs c/o AUGÉ, 1040 WIEN, BELVEDERE G. 10/1